



# INFOBRIEF

Dr. Astrid Mannes

• Für Sie im Bundestag •

**Liebe Leserinnen und Leser,**

das Jahr ist schon wieder so gut wie vorüber und wir gehen nun zum Jahresende in die besinnliche Zeit über. Für uns Christdemokraten ist das eine wichtige Zeit zum Kraftschöpfen, bevor es dann in die heiße Wahlkampfphase geht.

Das Jahr 2024 war ein wenig friedvolles Jahr. Die Terrorakte und militärischen Auseinandersetzungen im Gaza-Streifen und der immer noch andauernde Krieg gegen die Ukraine, aber auch die Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten und der Zerfall der Bundesregierung in Deutschland – all diese Problemlagen und weitere haben uns intensiv beschäftigt bzw. besorgt.

Wir sind optimistisch, dass durch die Neuwahl in Deutschland bald wieder eine handlungsfähige Regierung die Probleme in unserem Land beherzt anpacken wird. Dafür werden wir Christdemokraten eintreten. Denn in diesen unruhigen Zeiten bedarf es einer stabilen Regierung und eines entscheidungsfreudigen Bundeskanzlers. Eine stabile Regierung wird es aber nur geben, wenn CDU und CSU stark genug werden, um mit nur einem weiteren Koalitionspartner eine Regierung bilden zu können. Muss die Union mit zwei anderen Parteien koalieren, könnte der gemeinsame Nenner zu klein sein, um alle Probleme gut zu lösen und mit einer erfolgreichen Politik die extremen Ränder zurückzudrängen. Wenn es eine demokratische Regierung in der nächsten Legislaturperiode nicht schafft, die Asyl- und Migrationsproblematik vernünftig zu lösen und auch die Wirtschaft wieder erstarren zu lassen, dann ist es nicht unwahrscheinlich, dass bei der Bundestagswahl 2029 eine nicht-demokratische Partei stärkste Kraft wird. Daher geht es um viel bei dieser Wahl! Und deshalb werden wir auch um beide Stimmen kämpfen!

Wir haben keine Stimme zu verschenken – zumal der CDU auch nur so viele Direktmandate zugeteilt werden, wie es dem Zweitstimmenanteil entspricht. Das neue Wahlrecht führt dazu, dass letztlich auch die Zweitstimme in einem Wahlkreis ausschlaggebend für den Erhalt eines Direktmandates ist.

Wir Christdemokraten machen den Wählern ein gutes Angebot, personell wie inhaltlich. Wir werden unsere Politik auf die Stärkung der Wirtschaft ausrichten, denn ohne eine starke Wirtschaft und damit einhergehend vielen gut bezahlten Arbeitsplätzen wird der Staat auch nicht ausreichend hohe Einnahmen erhalten, um Infrastruktur, Forschung, unsere Verteidigungsfähigkeit, Klima- und Naturschutz sowie die Sozialleistungen ausreichend finanzieren zu können. Zudem stehen wir für einen Staat, der das Recht durchsetzt und seine Bürger schützt. Neben der Inneren Sicherheit geht es auch darum, dass wir die illegale Migration in unser Land beenden. Unser Kanzlerkandidat bringt nicht nur berufliche Erfahrung als Bundes- und Europaabgeordneter mit, sondern auch aus der Wirtschaft. Und genau diese Erfahrung braucht unser Land als führende Industrienation nach zwei Jahren Wirtschaftskrise!

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche und gesegnete Weihnachtszeit! Kommen Sie gut rüber in ein gesundes Jahr 2025!

*Astrid P. Mannes*

## Nominierung zur Bundestagskandidatin



Vielen Dank an die Delegierten der CDU Darmstadt und Darmstadt-Dieburg, dass sie mich am 18. November in Ober-Ramstadt mit einem so starken Ergebnis erneut zur Bundestagskandidatin für den Wahlkreis 185 (Darmstadt) nominiert haben. Ich habe mich riesig darüber gefreut!

Nun starten wir in den Winterwahlkampf und werden für ein sehr gutes CDU-Ergebnis kämpfen, damit die Wirtschaft wieder Aufschwung nehmen kann und Deutschland wieder ein starkes Land wird.



## Lärmschutzverbesserungen an der Autobahn A5 für Darmstadt-Eberstadt und Darmstadt-Heimstätte

Den Fokus meiner Wahlkreisarbeit möchte ich in der nächsten Zeit vor allem auf den Lärmschutz legen. Wir müssen parteiübergreifend für den bestmöglichen Lärmschutz kämpfen. Denn Ruhe ist ein hohes Gut. Und gerade die ICE-Neubaustrecke Frankfurt - Mannheim mit der Anbindung an die bestehende Strecke Mainz - Darmstadt, aber auch die Bundesautobahnen stellen die Region und die Menschen vor große Herausforderungen.

Eine Verlängerung der bestehenden Lärmschutzwand würde sowohl Eberstadt als auch die Heimstätte wirksamer vor den Lärmemissionen der Autobahn schützen. Deshalb haben mein Landtagskollege Peter Franz, der selbst in Darmstadt-Eberstadt wohnt und die Situation gut kennt, und ich uns an Die Autobahn GmbH gewandt und um Prüfung gebeten, ob durch eine Verlängerung der bestehenden Lärmschutzwand bis zum Autobahnkreuz das Problem gelöst werden kann.



Foto: Christiane Lang

## Gruppe aus dem Wahlkreis zu Besuch in Berlin



Foto: Bundesregierung / StadtLandMensch-Fotografie

Bei herbstlichem Oktoberwetter konnte ich wieder eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis in Berlin begrüßen.

Eingebunden in ein umfangreiches Programm des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung mit zahlreichen Führungen, Vorträgen und Besichtigungen konnte ich viele gute Gespräche mit den Teilnehmern führen und Fragen zum aktuellen politischen Geschehen beantworten. Außerdem besuchten wir gemeinsam die Dachterrasse des Reichstages und konnten trotz des herbstlichen Windes den Blick über das Berliner Regierungsviertel genießen.

Besonders gefreut hat mich, dass ich diesmal gemeinsam mit den Berlinbesuchern Erde aus meinem Wahlkreis in das Kunstwerk „Der Bevölkerung“ von Hans Haacke einbringen konnte. Seit der Eröffnung des Kunstprojektes am 12. September 2000 im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes sind alle Bundestagsabgeordneten eingeladen, einen Zentner Erde aus ihrem Wahlkreis nach Berlin zu bringen. Das Biotop soll sich im Laufe der Zeit frei entwickeln.



## Besuch beim Polizeipräsidium in Darmstadt

Bei einem Besuch des Polizeipräsidiiums Südhessen in Darmstadt habe ich mich mit dem Polizeipräsidenten Björn Gutzeit und weiteren Vertretern der Behördenleitung ausgetauscht.

Die Sicherheit in unserem Land wird von vielen Seiten bedroht. Mein Austausch mit den Fachleuten über die Fragen, wie wir - auch von Bundesseite - die Polizei stärken können, welche Kompetenzen sie braucht und wie ihre Arbeit durch Datenaustausch, Digitalisierung und den Einsatz künstlicher Intelligenz erleichtert und beschleunigt werden kann, war sehr interessant und hat mich darin bestärkt, dass wir im Bereich der Inneren Sicherheit nach der Bundestagswahl noch mehr verbessern müssen, als es die Bundesregierung derzeit tut.

Auch im Kampf um den Schutz unserer Einsatz- und Sicherheitskräfte müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Es ist zutiefst besorgniserregend, dass die Aggressivität in der Bevölkerung gegenüber Polizisten und Rettungskräften weiter zunimmt.



Foto: Tobias Koch

Wir müssen unseren Polizisten und Rettungskräften, die sich tagtäglich für unsere Sicherheit einsetzen, wieder mehr Respekt entgegenbringen!

## Reduzierung von Verwaltungsaufwand für die Kommunen

Ich setze mich dafür ein, die kommunale Ebene finanziell besser auszustatten, indem die Kommunen stärker an Steuereinnahmen beteiligt werden. Im Gegenzug könnten dann die vielen Förderprogramme von Bund und Ländern stark reduziert werden.

In Gesprächen mit Bürgermeistern höre ich immer wieder, wie problematisch es für die Mitarbeiter in den Rathäusern ist, durch den Förderdschungel durchzublicken und aus den über 800 Förderprogrammen das passende herauszusuchen. Dieser Zeitaufwand kann vor allem in kleineren Verwaltungen oftmals nicht geleistet werden kann.

Aber nicht nur die Suche nach einem passenden Förderprogramm ist aufwendig, auch die Fördermittelbeantragung ist komplex. Zudem müssen die Kommunen in Vorlage treten und erhalten die Fördermittel erst im Nachgang der Maßnahme nach Abschluss der Verwendungsnachweisprüfung.

Auch das Verfahren der Einzelverwendungsnachweise ist zeit- und arbeitsintensiv. Zwischen der Antragstellung und dem Erhalt des Fördermittelbescheids vergeht viel Zeit und bei jedem mit Fördermitteln finanzierten Projekt hängt das Damoklesschwert der Rückforderung von bereits verwendeten Fördermitteln im Falle von Verfahrensfehlern über der Kommune. So werden viele Fördermittel gar nicht abgerufen.

Häufig gehen die Förderprogramme am Bedarf der Kommunen auch vorbei, denn gefördert werden überwiegend Investitionen, aber keine Erhaltungsmaßnahmen.

Förderprogramme verursachen nicht nur für die Kommunen einen enormen bürokratischen Aufwand, sondern auch für die Bewilligungsstellen.



Foto: Christiane Lang

Da das Verfahren der Einzelverwendungsnachweise für beide Seiten extrem aufwändig ist, wäre eine pauschale Auszahlung eine erhebliche Vereinfachung auch im Sinne des Bürokratieabbaus. Am effektivsten jedoch könnten der Bürokratieaufwand und die Transaktionskosten für die Verwaltungen gesenkt werden, indem man die Kommunen finanziell besser ausstattet und ihnen größere Selbstständigkeit zubilligt. Die Kommunen können dann ohne die Steuerung über Fördermittel selbst entscheiden, wofür sie ihre Mittel einsetzen möchten.

## Verbraucherschutz im Schienenverkehr

Über den Verbraucherschutz im Schienenverkehr habe ich mich Mitte November mit Marion Jungbluth, Leiterin des Teams Mobilität und Reisen beim Verbraucherzentrale Bundesverband, und meinem Kollegen Michael Donth, Mitglied im Verkehrsausschuss, ausgetauscht. Das Gespräch war eine gute Gelegenheit, gemeinsam nach verbraucherfreundlichen Lösungen für Bahnreisende zu suchen.





## Ein Dank an unsere Soldaten!

Auch in diesem Jahr habe ich mich an der Initiative des Deutschen Bundeswehrverbandes e.V. und der OASE-Einsatzbetreuung beteiligt, unseren Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz, die das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familien verbringen können, Grußbotschaften aus dem Deutschen Bundestag zukommen zu lassen.

Zu diesem Zweck haben die Initiatoren die traditionellen „Gelben Bänder der Verbundenheit“ anfertigen lassen, auf denen persönlich verfasste Grüße von Abgeordneten des Deutschen Bundestages gesammelt wurden. Wir wollen damit unsere Wertschätzung für den Dienst zum Ausdruck bringen, den unsere Soldatinnen und Soldaten unter Einsatz von Leib und Leben zum Wohle unseres Landes leisten.

Ein besonderer Dank und Gruß gilt auch allen anderen Menschen, die über die Feiertage für unsere Gesellschaft im Einsatz sind und Weihnachten nicht mit ihren Familien verbringen können, wie Rettungskräfte, Bus- und Bahnpersonal, medizinisches Personal in Krankenhäusern und im Notfalldienst und viele mehr.

## UNTERWEGS IM WAHLKREIS



„Weihnachten im Schuhkarton“ für Kinder in der Ukraine



Vorbereitungen für die Neuwahlen 2025 laufen auf Hochtouren



Am Weihnachtsmarkt in Wixhausen



Weihnachtsmarkteröffnung in Arheilgen



Besuch bei der Landtagsfraktion in Wiesbaden

## Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen

Mehr Hilfe und Unterstützungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag "Gewalt gegen Frauen wirksam bekämpfen – Schutz, Hilfe und Unterstützungsangebote ausbauen".

Häusliche Gewalt ist seit langem ein gesamtgesellschaftliches Problem. Betroffene finden sich in allen sozialen Schichten der Gesellschaft und dennoch gilt sie als Tabu-Thema. Immer noch werden vorrangig die Opfer stigmatisiert. Dabei gibt es nur rund 400 Frauenhäuser, was knapp 7.700 Frauenhausplätzen entspricht. Laut Schätzungen von Experten sind mindestens 14.000 weitere Plätze nötig, um bundesweit eine flächendeckende und bedarfsorientierte Versorgung mit Schutzeinrichtungen sicherzustellen.

Wir als CDU/CSU-Fraktion fordern zahlreiche Maßnahmen, unter anderem einen dritten nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen zur verlässlichen Finanzierung von Frauenhäusern und einen Rechtsanspruch auf Schutz und fachliche Beratung. Auch müssen die digitalen Plattformbetreiber in die Pflicht genommen werden, um wirksame Schutzkonzepte gegen

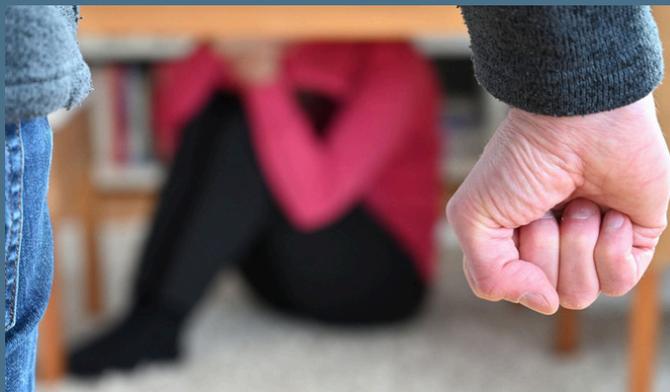


Foto: picture alliance / Frank May

digitale Gewalt einzuführen. Es muss ferner sichergestellt werden, dass für Menschen mit Behinderungen ein barrierefreier, niedrigschwelliger Zugang zu Schutz-, Hilfe- und Beratungsangeboten bereitsteht.

## Bürokratie in der Ehrenamts- und Vereinsarbeit abbauen

Ehrenamtler, die sich vielfach mit großer Leidenschaft in den unterschiedlichsten Vereinen organisieren und engagieren, leisten einen unschätzbaren Beitrag für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Rund 30 Millionen Menschen sind in Deutschland in über 600.000 gemeinnützigen Vereinen ehrenamtlich aktiv. In Sport- und Kulturvereinen, Kirchen, Freiwilligendiensten, der Wohlfahrtspflege und vielen anderen Bereichen machen Ehrenamtler das Zusammenleben jeden Tag ein Stück besser, gerechter und lebenswerter. Besonders in ländlichen Regionen ist ehrenamtliches Engagement eine tragende Säule für ein lebendiges und funktionierendes Gemeinwesen. Ehrenamtlern gebührt dafür große Anerkennung. Gleichzeitig sehen sie sich zunehmend mit überbordender Bürokratie, staatlicher Regelungssucht und mangelnder Flexibilität konfrontiert. Ein typischer Verein muss durchschnittlich rund sechseinhalb Stunden pro Woche zur Bürokratiebewältigung aufbringen. Wo Ehrenamtler und Vereine einfach nur ihre Tätigkeiten für unsere Gesellschaft ausüben möchten, legt ihnen der Staat immer wieder bürokratische Fesseln an.

Bei der Regulierung von Ehrenamts- und Vereinsarbeit muss sich der Staat daher wieder zurücknehmen. Stattdessen gilt es, das Ehrenamt stärker zu fördern und es attraktiver zu machen, im Verein zu arbeiten.

Vor diesem Hintergrund hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion intensiv mit Fragen des Steuer- und Vereinsrechts auseinandergesetzt und mit Ehrenamtlern, Vereinen und Fachleuten ausgetauscht, um Herausforderungen und Entlastungspotenziale zu identifizieren. Das Ergebnis ist ein Antrag, mit dem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion 14 konkrete Entlastungsvor-



Foto: picture alliance / Ute Grabowsky/photothek.de

schläge für Ehrenamtler und Vereine macht.

Wir fordern eine Bürokratiebremse für das Ehrenamt. Die Bürokratiebelastung des Ehrenamts muss dauerhaft und stetig reduziert werden. Für jede neue Bürokratiebelastung muss künftig doppelt so viel bisherige Bürokratiebelastung abgebaut werden. Außerdem braucht es aus unserer Sicht einen Praxischeck „Ehrenamt“. Neue Regelungen müssen ehrenamtstauglich sein. Die Bundesregierung muss die praktischen Auswirkungen neuer Gesetz- und Verordnungsentwürfe auf das Ehrenamt daher frühzeitig und systematisch überprüfen, wobei die Ehrenamtler und Vereine mit ihren wertvollen praktischen Erfahrungen einzubeziehen sind.

Mit der Umsetzung dieser Vorschläge würden mindestens rund 25 Prozent des bisherigen Aufwandes entfallen. Für die Vereine würde dies eine Entlastung von ca. 1,5 Stunden pro Woche bedeuten.

## Neuregelung des Schwangerschaftsabbruch-Paragrafen

Bis zum Ende der zwölften Schwangerschaftswoche soll ein Abbruch der Schwangerschaft grundsätzlich nicht mehr rechtswidrig sein. Das fordert eine fraktionsübergreifende Gruppe von Abgeordneten in einem Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs, der auf eine Initiative von Grünen und SPD hin zustande gekommen ist und am 5. Dezember 2024 in erster Lesung im Bundestag beraten wurde.

In seinen Urteilen vom Februar 1975 und Mai 1993 hat das Bundesverfassungsgericht klar geregelt, dass die Politik auch den zweiten Artikel unserer Verfassung im Hinblick auf ungeborenes Leben achten muss: Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit [...]. Und dieser Schutz auch ungeborenen Lebens ist mir als Mitglied einer christlichen Partei sehr wichtig.

Unser Parlament hat mehrere Jahrzehnte gerungen, um einen Kompromiss zu finden, der durch die Beratungspflicht dem Kind gerecht werden soll und zugleich das Recht der Frauen, über ihren eigenen Körper zu entscheiden, berücksichtigt. Der §218a StGB belässt bis zu zwölf Wochen nach der Empfängnis die letztendliche Entscheidung bei der werdenden Mutter, ob sie ihr Kind zur Welt bringt. Die hierfür obligatorische Beratung trägt nicht nur dem Recht des ungeborenen Lebens Rechnung, sondern soll auch der schwangeren Frau eine gut informierte, sorgfältig getroffene Entscheidung ermöglichen. Die Schwangere erhält hier auch Informationen über mögliche Unterstützungen, die ihr aufzeigen, wie sie auch in schwierigen Situationen ihr Leben mit dem Kind meistern kann. Die letzte Entscheidung aber liegt dann bei ihr.



Foto: picture alliance / dpa | Bernd Weißbrod

Unsere Gesellschaft ist derzeit gespalten wie nie. Daher halte ich es für fatal, diesen Kompromiss, der in dieser Frage zu einer großen Befriedung in unserer Gesellschaft beigetragen hat, aufzukündigen.

Wenn unser Staat sagt, dass das Töten menschlichen Lebens kein grundsätzliches Unrecht mehr ist, kommt das einem Dammbruch in unserem Werteverständnis gleich. Gerade am Anfang und am Ende unseres Lebens sind wir Menschen besonders verletzlich und bedürfen des Schutzes, den zu gewährleisten in unserem Land auch eine staatliche und grundgesetzlich verankerte Aufgabe ist. Der Gesetzentwurf würde zudem den längst befriedeten Kulturkampf ohne Not wieder aufbrechen.

Deshalb sprechen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion klar gegen eine Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch aus.

## „Krankenhausreform“ – der aktuelle Sachstand

Am 22. November 2024 hat die von Bundesgesundheitsminister Lauterbach initiierte „Krankenhausreform“ (sog. Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz) den Bundesrat passiert. Ein von Bayern eingebrachter Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses fand mangels Unterstützung der SPD-Länder nicht die erforderliche Mehrheit. Damit hat das Werben von Bundesminister Lauterbach bis hin zur Ankündigung, im Falle einer Anrufung des Vermittlungsausschusses durch die Länder die gesamte Reform scheitern zu lassen, bei den SPD-geführten Ländern offenbar verfangen. Denn lange Zeit schien eine Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat über Parteigrenzen hinweg wahrscheinlich. Zumal insbesondere die Deutsche Krankenhausgesellschaft bis zuletzt grundlegende Kritik an dem Reformentwurf geübt und massiv vor dem Inkrafttreten einer unausgereiften Reform gewarnt hatte. Im Ergebnis wird die „Krankenhausreform“ nun aber zum 1. Januar 2025 in Kraft treten.

Angesichts der Probleme im Gesundheitswesen ging es nie um das Ob einer Krankenhausreform, sondern um das Wie. Die jetzt beschlossene Reform wird jedoch nicht zu einer geordneten und nachhaltigen Modernisierung der deutschen Krankenhauslandschaft führen. Aus hessischer Sicht ist es nach wie vor erforderlich



Foto: picture alliance/dpa

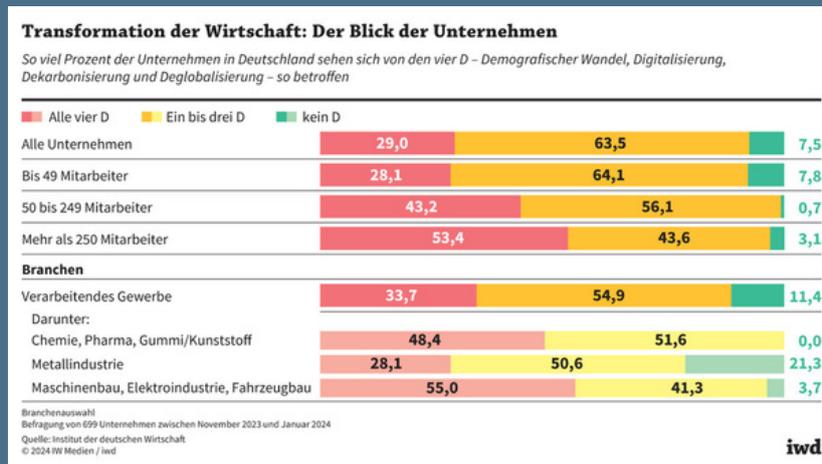
eine umfassende und flächendeckende Notfallversorgung sicherzustellen und die Finanzierungsstrukturen so zu überarbeiten, dass sie eine nachhaltige Finanzierung der Gesundheitsversorgung ermöglichen.

Die ohnehin schon überbordende Bürokratie wird weiter ausgebaut, obwohl gerade aus Sicht des Krankenhauspersonals ein Abbau dringend erforderlich wäre. Die Gewinnung von Fachkräften wird durch die zusätzlichen Regelungen erschwert. Sie birgt vielmehr erhebliche Risiken für die Versorgung im ländlichen Raum und für die Beitragsätze der Versicherten.

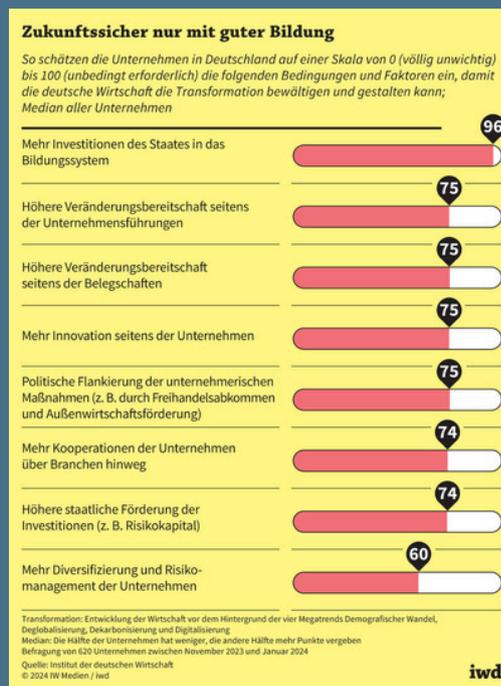
## Mammutaufgabe Transformation der Wirtschaft

„Die deutsche Wirtschaft muss eine Reihe von großen Herausforderungen bewältigen. Wie sich die Unternehmen im damit verbundenen Transformationsprozess selbst einschätzen und welche Wege sie für einen gelungenen Wirtschaftswandel sehen, hat das IW untersucht.“

- Knapp jedes dritte Unternehmen in Deutschland fühlt sich von allen vier Megatrends der Transformation betroffen. Der Anteil steigt mit der Größe der Belegschaft.
- Die größte Hemmnisse sind aus Sicht der Betriebe fehlende Fachkräfte, eine mangelhafte digitale Infrastruktur und hohe Kosten für den Umbau.
- Von der Politik erwarten sie eine ganze Reihe an Maßnahmen, um die Transformation zu unterstützen. Am wichtigsten sind den Unternehmen Investitionen ins Bildungssystem.



„Der wichtigste Hebel, damit die Transformation der Wirtschaft langfristig gelingt, liegt für die Unternehmen in Deutschland in Investitionen in das Bildungssystem.“

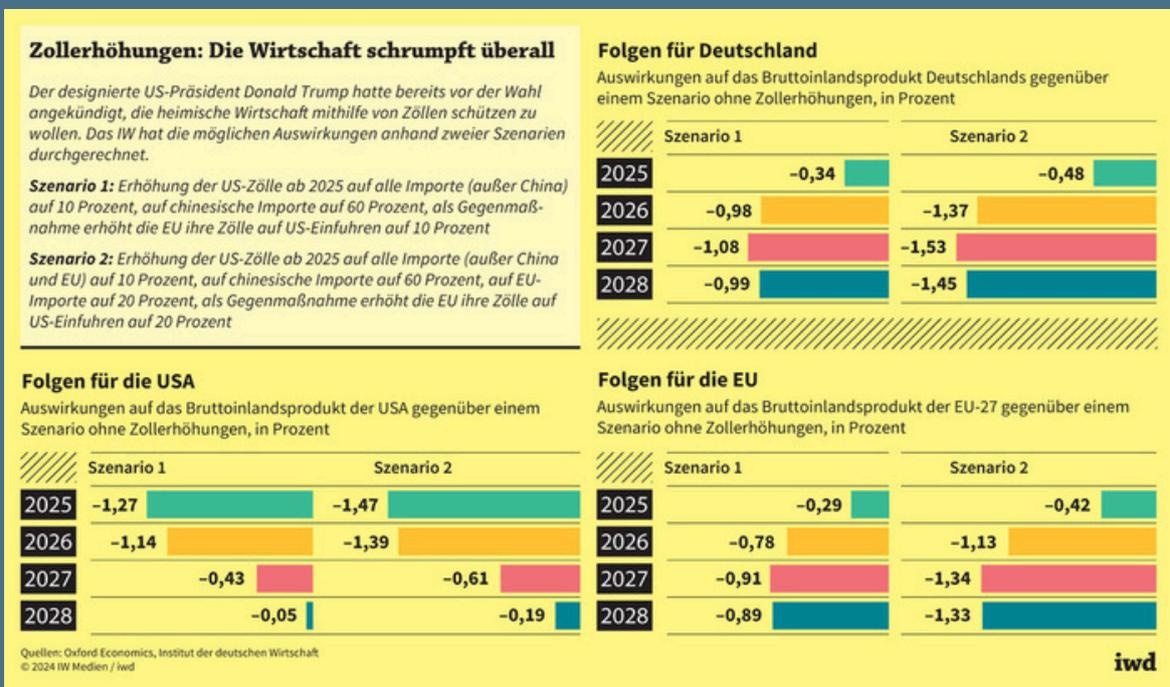


„Mammutaufgabe Transformation der Wirtschaft“, online unter: <https://www.iwd.de/artikel/mammutaufgabe-transformation-der-wirtschaft-635803/> , 05.11.2024.

# Die Kosten des amerikanischen Zollkriegs

„Falls der künftige US-Präsident Donald Trump einen Zollkrieg anzettelt, wäre das Exportland Deutschland davon besonders stark betroffen. Aber auch in den USA selbst würden Zölle und zu erwartende Vergeltungszölle das Wirtschaftswachstum drosseln und Arbeitsplätze kosten.“

- Sollte Donald Trump in den USA die Importzölle erhöhen, würde das im Vergleich zu einem Szenario ohne Zollerhöhungen die Wirtschaftsleistung schwächen – sowohl in den USA als auch in Deutschland und der EU.
- So würde die Wirtschaftsleistung der USA bei gegenseitigen transatlantischen Importzöllen von 10 Prozent im Jahr 2025 um knapp 1,3 Prozent geringer ausfallen als ohne Zölle. Bei einem Zollsatz von 20 Prozent fiel das BIP sogar um fast 1,5 Prozent niedriger aus.
- Die kumulierten BIP-Verluste Deutschlands in konstanten Preisen des Jahres 2020 beliefen sich in diesen Fällen auf etwa 127 Milliarden Euro beziehungsweise 180 Milliarden Euro.



„Die Kosten des amerikanischen Zollkriegs“, online unter: <https://www.iwd.de/artikel/die-kosten-des-amerikanischen-zollkriegs-636865/>, 13.12.2024.

Dr. Astrid Mannes

 Mitglied des Deutschen Bundestages

#### Wahlkreisbüro

Steubenplatz 12  
64293 Darmstadt

Telefon: 06151 1712 18

Fax: 06151 1712 25

E-Mail: [astrid.mannes.wk@bundestag.de](mailto:astrid.mannes.wk@bundestag.de)

#### Büro in Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 227 71496

E-Mail: [astrid.mannes@bundestag.de](mailto:astrid.mannes@bundestag.de)